

Wer das Privateigentum heiligt, wird weder die Wohnungsnot, noch irgendein Problem der Werktätigen lösen

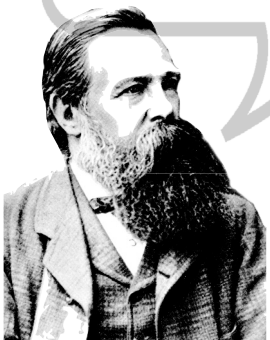
Dass die Wohnungsnot nicht nur in München unerträglich ist, das ist kein Geheimnis. Wenn Hunderttausende wohnungslos sind (1,2 Millionen im Jahr 2018) und wenn mehr als die Hälfte von uns gezwungen ist, jeden Tag zu pendeln, um die Arbeitskraft in einer Stadt zu verkaufen, in der man sich keine Wohnung leisten kann, dann kann man dieses Problem nicht mehr unter den Teppich kehren. Von Söder bis zur SPD versprechen sie alle Hilfe, aber was bieten sie an? Ihre Pläne - ob im Berliner Koalitionsvertrag oder im Wahlkampf in Bayern - werden genau das Gegenteil bewirken. Denn alle Pläne laufen darauf hinaus, das Problem durch Privatisierung zu lösen und ignorieren völlig, dass Privatisierung die Ursache des Problems ist. Das Pro-

blem, das kaum jemand nennen will, ist das Privateigentum an Grund und Boden. Der Preis jeder Ware wird letztlich bestimmt durch die zu ihrer Produktion im Durchschnitt notwendigen Arbeitszeit. Auch im Bauwesen nimmt die Automatisierung durch moderne Maschinen zu, sodass der Bau eines Hauses heute viel weniger Arbeit kostet wie vor 50 Jahren. Die Preise für Wohnungen - egal ob zur Miete oder zum Kauf - müssten daher heute niedriger sein als in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts. Das Gegenteil ist der Fall, wie jeder weiß. „Von 1962 bis 2015 seien bundesweit die Baulandpreise um 1600 Prozent und die Mieten um 495 Prozent gestiegen, der normale Preisindex hingegen nur um 302 Prozent - eine Entwicklung, die bereits Anfang der Siebzigerjahre abzusehen gewesen sei.“ (Hans-Jochen Vogel, SZ vom 11.11.17) Diese absurde Entwick-

lung kommt nicht durch die Kostensteigerung des Hausbaus, sondern durch das Privateigentum am Boden. Der Boden kann im Gegensatz zu den Häusern und anderen Waren nicht vermehrt werden. Der Besitz an Boden (und der Verkauf) ist eigentlich ein Relikt aus dem Mittelalter. Seine absurden Folgen kann jeder in der Schwanthalerhöhe besichtigen (Stichwort „Dönerhaus“ und „Schnitzelhaus“). Häuser werden mehr „wert“, selbst wenn sie verfallen! Warum? Weil der Preis für den Boden, der mit Wert nichts zu tun hat, steigt. Der Grund dafür ist nicht allein, dass gerade in sogenannten Ballungszentren die Grundeigentümer noch einen Aufschlag auf die durchschnittliche Grundrente verlangen können. Der Grund liegt ebenso - so seltsam das klingt - darin, dass die Kapitalisten mit ihren Produkten immer mehr an die Grenzen der Kaufkraft der Bevölkerung ge-

„In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie ist eine notwendige Institution, sie kann nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund aus umgewälzt wird.“

Friedrich Engels, 1873



Ein offenes Wort an die Münchner SPD

Ihr demonstriert mit uns gegen Wohnungsnot und Spekulantentum. Das ist gut so. Aber Eure Glaubwürdigkeit leidet, wenn die Wohnungsfrage als Rechtfertigung für andere Motive herhalten soll und das jedem Beobachter als mäßig durchdachtes Manöver erscheinen muss. Wenn Ihr im Stadtrat für die Kündigung des „Haus mit der Roten Fahne“ auf der Schwanthalerhöhe stimmt; ...

Fortsetzung auf Seite 3

stoßen sind, dass sie deswegen mehr und mehr in der Spekulation mit zinstragenden Papieren wie Aktien oder Anleihen ihr Heil suchen, statt in der Produktion materieller Güter, dass sie auf der Suche nach besseren Möglichkeiten, ihren Reichtum aufzubewahren, sich auch auf Immobilien stürzen, dass ihre Banken und Finanzkonzerne die Spekulationsmärkte deswegen mit nahezu zinslosem Geld füttern.

Und all das führt dazu, dass die Geldbesitzer bereit und in der Lage sind, immer mehr für ein Grundstück mit einer bestimmten Grundrente zu bezahlen.

Wer also die Wohnungsnot lösen will, muss so handeln wie die sozialistische Oktoberrevolution vor 100 Jahren und

1. das Privateigentum an Grund und Boden aufheben und 2. das Privateigentum an Fabriken, Bergwerken, Forschungslaboren, Banken etc. überhaupt aufheben. Denn es ist das Privateigentum an den Produktions-

mitteln, aus dem die Ausbeutung, die Spekulation, der Widerspruch zwischen Stadt und Land, ein tödliches Verkehrswesen, die Verelendung, der Krieg ... entstehen und das uns daran hindert, die Wohnungsnot und andere Probleme, vor denen diese Welt objektiv steht, zu lösen.

Dass dazu „die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspring(en), von Grund aus umgewälzt“ werden muss (F. Engels), versteht sich von selbst.

Dass wir dies von den Parteien des Bürgertums nicht erwarten brauchen, versteht sich ebenfalls von selbst. Wer Rechte will, muss kämpfen! Wer eine Zukunft will, muss sich organisieren! Wenn es die Organisation, die Partei der Arbeiterklasse noch nicht gibt, die für diese Aufgaben geeignet ist, müssen wir sie uns schaffen. Die Welt schreit nach einer neuen Gesellschaftsordnung, nach dem Sozialismus und dafür brauchen wir die Kommunistische Partei!

„Zur Macht gelangt, wird sie (die Arbeiterklasse) die kapitalistischen Formen der Kommunalwirtschaft abschaffen, den großen Hausbesitz enteignen und den Wohnraum, den die Reichen in Beschlag genommen haben und verschwenden, den Arbeitern und der armen Bevölkerung der Städte übergeben. Sie bereitet der Verdrängung der Wohnbevölkerung aus den Städten, der Inbeschlagnahme der Natur und der Zerstörung der gesamten Umwelt durch die Monopole ein Ende. Sie wird all das, was heute schon direkt von der Gesellschaft getragen wird, aber nur der kapitalistischen Bereicherung einiger weniger dient, wie zum Beispiel das Verkehrs- und Gesundheitswesen, ausschließlich in den Dienst der Bedürfnisbefriedigung des Volkes stellen und in großem Maßstab ausbauen.“

Programm des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, 1974)

Die gerechteste Lösung der Bodenfrage wäre die folgende: Das Recht auf Privateigentum an Grund und Boden wird für immer aufgehoben, der Boden darf weder verkauft noch gekauft, verpachtet, verpfändet oder auf irgendeine andere Weise veräußert werden. Der gesamte Boden ... wird entschädigungslos enteignet, zum Gemeineigentum des Volkes erklärt ... Die Verteilung des Bodens unter die Werktätigen wird von den örtlichen und zentralen Selbstverwaltungsorganen geleitet, d.h. von den demokratisch organisierten, ständelosen dörflichen und städtischen Gemeinden bis hin zu den zentralen Gebietsbehörden.

Aus dem „Gesetz über Grund und Boden“ des Sowjetkongresses der Arbeiter- und Bauerndeputierten, 26. Oktober 1917

Haben die Arbeiter in München Versammlungsfreiheit?

Ja klar, werden alle antworten, sie können jederzeit auf der Straße demonstrieren, also haben sie Versammlungsfreiheit. Doch die Versammlungsfreiheit beginnt nicht auf der Straße, sondern bei den Räumen. Haben die Arbeiter Räume, in denen sie sich versammeln können? In denen sie sich treffen können, um die Demonstration vorzubereiten, von der Erarbeitung des Flugblattes bis zum Transparente malen oder Proben für Lieder? Haben sie Säle für

kleine wie große Veranstaltungen?

Die Antwort ist einfach: Nein, haben sie nicht. Und in München ganz besonders nicht. Es gibt keine Volkshäuser, in denen sich Arbeiter, Werktätige für ihre Interessen versammeln können, arbeiten können, sich eine Infrastruktur aufbauen können. Wer einen Raum für Versammlungen will, ist den Besitzern der Räume ausgeliefert, von deren Gunst und deren Preisvorstellungen. Vor 40 Jahren haben sich in München Arbeiterinnen

und Arbeiter, Werktätige zusammen ein Haus gemietet, um das zu ändern. Es ist das „Haus mit der Roten Fahne“ im alten (einstigen) Arbeiterviertel Schwanthalerhöf.

Dort können sich Arbeiterinnen und Arbeiter, Werktätige versammeln, arbeiten, schreiben, sich schulen, Transparente malen, Lieder singen, Schalmeien proben. Sie haben sich eine Bibliothek aufgebaut, wo jede/r Bücher kaufen und ausleihen kann, die sich in keiner städtischen Bibliothek finden. Für diese Freiheit geben sie jeden Monat ein gutes Stück von ihrem Lohn ab, das ist ihnen der Kampf um die Arbeiterfreiheit wert. Genau dieses Haus will die CSU beseitigt haben.

Haben die Arbeiter in München Meinungsfreiheit?

Ja, werden alle sagen, selbstverständlich. Doch die Meinungsfreiheit besteht nicht darin, eine Meinung „haben“ zu dürfen, sondern sie verbreiten zu können. Deswegen haben sich die Mieter des „Haus mit der Roten Fahne“ eine eigene Druckerei aufgebaut und das ist gut vorgesorgt, gerade im Deutschland der Sozialistengesetze und KPD-Verbote (das letzte 1956 und bis heute nicht aufgehoben).

Genau diese Druckerei will die CSU beseitigt haben. Die CSU hat in der SPD-Stadtratsfraktion – allen voran in Horst Lischka, 1. Bevollmächtigter der IG Metall München – einen getreuen Gehilfen gefunden, um für dieses Vorhaben eine Stadtratsmehrheit zu bekommen. Die Besitzerin des Hauses, die MGS bzw. GWG, sieht sich an dessen Beschlüsse gebunden und hat den Mietern nach 40 Jahren gekündigt. Sie haben keinen neuen Mieter, keine durchführbare andere Nutzung,

aber sie machen jetzt eine Räumungsklage, denn sie wissen nur eines: Die Freiheit, die sich diese Mieter mit dem Haus erworben haben, darf nicht sein. Und so beweist der Kampf um das „Haus mit der Roten Fahne“ genau das, was nicht verbreitet werden soll:

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind erst dann frei, wenn ihnen die Fabriken, die Häuser, die Druckereien, gehören. Man muss kein Kommunist sein, um für den Erhalt des „Haus mit der Roten Fahne“ einzutreten. Was können wir diesem Staat, diesem System, das uns den Wohnraum stiehlt, der Jugend keine Zukunft bietet, den Rassismus durch den Staat organisiert und den Krieg gegen andere Völker vorbereitet, entgegensetzen, als unsere Versammlungen, unsere Demonstrationen, den Streik der Arbeiter, unsere Kultur – unsere Organisation? Man muss nicht Kommunist sein, um für den Erhalt des „Haus mit der Roten Fahne“ einzutreten. Aber es braucht die kommunistische Partei, um diese

Fortsetzung von Seite 1

... wenn Ihr Euch dabei mit der faschistischen Sammlungsbewegung CSU gemein macht (Pretzl's Ausspruch im Stadtrat „Wir wollen keine Kommunisten in der Stadt“ spricht Bände), nur weil auch in Eurer Fraktion ein paar was gegen die Kommunisten haben; wenn Ihr dabei vorschreibt, man könne an dieser Stelle billigen Wohnraum schaffen, und jeder weiß, man kann es nicht – dann tut Ihr Eurer Partei wahrlich keinen Gefallen. Ihr solltet dringend überdenken, ob Eure Haltung richtig ist, ein Haus der Arbeiterbewegung zu zerstören in Zeiten, in denen wieder Asylunterkünfte brennen, offene und versteckte Nazis marschieren und die Parlamente beherrschen und der nächste Weltkrieg vor der Tür steht.

Nehmt die Kündigung zurück!

Kämpfe zusammenzuführen und zu dem Punkt zu treiben, an dem sich uns allen die Frage stellt: Wem gehört die Welt?

„Keinen Pfifferling wert ist die ‚Versammlungsfreiheit‘, wenn alle größeren Baulichkeiten von der Bourgeoisie besetzt sind. Unsere Sowjets haben den Reichen alle guten Baulichkeiten abgenommen und alle diese Gebäude den Arbeitern und Bauern für ihre Versammlungs- und Vereinszwecke übergeben. So sieht unsere Versammlungsfreiheit aus für die Werktätigen!“

W.I. Lenin, 1918



Räumungsklage gegen das „Haus mit der Roten Fahne“: Wir brauchen nicht eines, sondern viele Häuser der Organisation gegen Ausbeutung, Faschismus und Krieg!

Seit zwei Jahren schwelt die Auseinandersetzung um den Erhalt des „Haus mit der Roten Fahne“ auf der Schwanthalerhöhe – über 40 Jahre ein sozialer, kultureller und politischer Treffpunkt der Arbeiterbewegung, genutzt von Antifaschisten und Kriegsgegnern für die Interessen der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung, gegen die Minderheit der Ausbeuter und Spekulanten, der Profiteure am Elend der anderen, an Leiharbeit, Krieg und der Außerkraftsetzung bürgerlicher Demokratie. Ungeachtet der öffentlichen Meinung, der Beschlüsse von Bezirksausschuss und Bürgerversammlung Schwanthalerhöhe und des Willens von über 2.200 Petenten hatte der Stadtrat der Landeshauptstadt am 15. Februar 2017 einen Beschluss zur Beendigung des Mietverhältnisses und zur Einreichung

der Räumungsklage getroffen und daran festgehalten – angeblich um an dieser Stelle billigen Mietwohnraum zu schaffen (in dem vollen Wissen, dass das unmöglich ist).

Der Stadtrat traf seine Entscheidung aus eindeutig politisch motivierten Beweggründen, weil einer Mehrheit aus CSU, Bayernpartei, SPD und offenen Nazis die politische Richtung der Nutzer des Hauses nicht gefällt. Und die Kündigung ist willkürlich, weil ihre Begründung nicht umsetzbar ist.

Die Sache „Haus mit der Roten Fahne“ geht nicht nur die Organisationen an, die dieses Haus nutzen. Es geht um die Verteidigung der Meinungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit, darum, der Willkür staatlichen Handelns, der Verschwendung unserer Steuergelder und

dem Ausverkauf unserer Stadtviertel Einhalt zu gebieten. Es geht darum, dafür zu kämpfen, dass die demokratische und Arbeiterbewegung eine Infrastruktur braucht.

Und das ist wahrlich keine Sache der Arbeiter allein. Gerade in Zeiten von zunehmendem Rassismus und Nationalismus, verschärfter Ausbeutung der Werktätigen und einer wachsenden Kriegsgefahr dürfte das jeder/m einleuchten.



Kommt zur zweiten Verhandlung der Räumungsklage:

Freitag 28. September 2018, 10:00 Uhr, Landgericht München I, Prielmayerstr. 7, Raum 212

Spendet für den Erhalt des Hauses!

S. Eggerdinger, IBAN DE94 74320073 0003 897613, Stichwort: Tulbeckstr.

Steuerlich absetzbare Spendenquittung unter <https://www.gut-fuer-muenchen.de/projects/63502>

www.Haus-mit-der-Roten-Fahne.de

Wer Rechte will, muss kämpfen!

Wer eine Zukunft will, muss sich organisieren!



Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Ortsgruppe München

Wer den Kommunismus kennenlernen will, wende sich an: stschindl@t-online.de, 0151-27154706

www.arbeiterbund-fuer-den-wiederaufbau-der-kpd.de

V.i.S.d.P.: S. Schindlbeck, Tulbeckstraße 4f, 80339 München, E.i.S.